Stellungnahme

zu dem vom Bundesministerium der Finanzen vorgelegten Referentenentwurf einer Finanzbildungsstrategie des Bundes

5. Oktober 2026

Unsere Perspektive

1. Kreditkompetenz als eigenständigen Schwerpunkt der Finanzbildungsstrategie verankern

Die verantwortungsvolle Nutzung von Krediten sollte im Sinne der finanziellen Selbstbestimmung stärker berücksichtigt werden. Das betrifft nicht nur die Vermittlung von Kompetenzen im Umgang mit Verbindlichkeiten und die Fähigkeit zur Beurteilung der individuellen finanziellen Tragfähigkeit. Auch sollte der wirtschaftliche Nutzen von Kreditfinanzierungen sowie die Fähigkeit zum bedarfsgerechten Produktvergleich vermittelt werden. Daher schlagen wir die Aufnahme eines eigenständigen Maßnahmenbausteins „Kredite verstehen und verantwortlich nutzen“ in den Maßnahmenkatalog vor.

2. Praktische Expertise der Kreditwirtschaft nutzen

Die Kreditwirtschaft verfügt aufgrund ihrer täglichen Finanzierungspraxis über umfangreiche Erfahrungen hinsichtlich Kreditentscheidungen, Haushaltsplanung und finanzieller Belastbarkeit von Verbraucherinnen und Verbrauchern. Diese Expertise sollte bei der Entwicklung und Umsetzung von Finanzbildungsmaßnahmen systematisch berücksichtigt werden. Dazu wären transparente und verlässliche Beteiligungsstrukturen innerhalb der geplanten Task Force Finanzbildung zu etablieren. Insbesondere bei den Themen Kreditkompetenz, private Haushaltsplanung und digitale Finanzdienstleistungen sollte die Kreditwirtschaft an der Entwicklung entsprechender Bildungsangebote beteiligt werden.

3. Praxisnahe Finanzbildung ermöglichen und zusätzliche Regulierung vermeiden

Finanzbildung soll Verbraucherinnen und Verbraucher zu eigenverantwortlichen Entscheidungen befähigen. Sie darf nicht mit zusätzlichen regulatorischen Anforderungen an Kreditinstitute einhergehen. Ein europäischer Verhaltenskodex und vorgesehene Qualitätsstandards sollten deshalb freiwillig, transparent und praxisgerecht ausgestaltet werden. Die hochwertigen Bildungsangebote der Kreditwirtschaft, die Finanzbildung klar von Produktwerbung trennen, sollten gleichberechtigt berücksichtigt werden.

Kreditbankenverband e.V. • Lennéstraße 3 • 10785 Berlin • +49 30 24625960
info@kreditbankenverband.de • www.kreditbankenverband.de
Eingetragener Interessenvertreter im Lobbyregister des Deutschen Bundestages unter der Registernummer R001100

I. Vorbemerkungen

Wir begrüßen die Initiative der Bundesregierung, mit einer nationalen Finanzbildungsstrategie die Finanzkompetenz und damit auch die wirtschaftliche Selbstbestimmung und finanzielle Teilhabe der Verbraucherinnen und Verbraucher nachhaltig zu stärken. In unserer Stellungnahme konzentrieren wir uns auf die für unsere Branche wesentlichen Bereiche der verantwortungsvollen Kreditnutzung, privaten Haushaltsplanung, digitalen Finanzdienstleistungen sowie der substanziellen Einbindung der Kreditwirtschaft in die Umsetzung der Strategie.

Finanzbildung setzt grundlegende schulische Kompetenzen voraus. Die jüngst veröffentlichten Ergebnisse der PISA-Studie 2025 zeigen jedoch erneut erhebliche Defizite bei der Vermittlung schulischer Basiskompetenzen auf. In den Lernfeldern Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften war das Leistungsniveau der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler seit Beginn der PISA-Erhebungen noch nie so niedrig.

Finanzbildung läuft ins Leere, wenn notwendige Grundkenntnisse in der Schule nicht ausreichend vermittelt werden können. Daher darf eine nationale Finanzbildungsstrategie nicht isoliert betrachtet werden. Vielmehr muss mit ihr eine konsequente Stärkung schulischer Bildung einhergehen. Denn die grundlegende Befähigung in den Bereichen Lesen, Schreiben und Rechnen ist die unverzichtbare Voraussetzung für die Entwicklung finanzieller Handlungskompetenz. Wer Probleme mit dem Textverständnis in der deutschen Sprache und den mathematischen Grundrechenarten hat, dem wird es auch schwerfallen, Finanzierungsangebote zu vergleichen und langfristige Folgen finanzieller Entscheidungen einzuschätzen. Ergänzende Angebote der Finanzbildung können grundlegende schulische Defizite nicht kompensieren, sondern müssen auf einem soliden Fundament aufbauen können. Vor diesem Hintergrund ist eine systematische Verzahnung der Stärkung schulischer Basiskompetenzen mit der Umsetzung der Finanzbildungsstrategie notwendig.

Kreditfinanzierungen sind ein fester Bestandteil moderner wirtschaftlicher Teilhabe. Daher ist es wichtig, dass Verbraucherinnen und Verbraucher deren wirtschaftliche Funktionsweise verstehen, Chancen und Risiken einschätzen und ihre finanziellen Verpflichtungen einschließlich der Kreditkosten realistisch beurteilen können. Finanzielle Bildung befähigt dazu, wirtschaftliche Zusammenhänge zu verstehen, Finanzprodukte zu vergleichen und eigenverantwortliche Entscheidungen zu treffen. Die im Strategieentwurf angelegte Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft bietet einen Rahmen, um erforderliche Kompetenzen systematisch zu vermitteln. Aus unserer Sicht ergeben sich insbesondere bei der Konkretisierung des Handlungsfeldes 4, bei der Ausgestaltung der Beteiligungsstrukturen und bei der Vermittlung digitaler Kreditkompetenz weiterführende Fragestellungen.

II. Bewertung

Verantwortungsvolle Kreditnutzung stärker konkretisieren

Die im Entwurf angeführte hohe vertragsgemäße Rückzahlungsquote von Ratenkrediten bildet einen wichtigen empirischen Bezugspunkt für eine differenzierte Darstellung der Kreditnutzung. Finanzbildung kann damit sowohl die Chancen einer Kreditfinanzierung als auch ihre Risiken verständlich vermitteln.

Die Finanzbildungsstrategie setzt dafür wichtige Impulse. Damit das Handlungsfeld „Private Haushaltsplanung, Vermeidung von Überschuldung und verantwortungsvolle Kreditnutzung“ seine Wirkung entfalten kann, sollte die Strategie jedoch um präventive Bildungsangebote zur verantwortungsvollen Kreditnutzung sowie zur informierten Kreditentscheidung ergänzt werden. Die verantwortungsvolle Kreditnutzung ist nicht nur ein wichtiges Instrument zur Überschuldungsprävention, sondern auch ein zentraler Bestandteil finanzieller Allgemeinbildung. Die Kreditwirtschaft kann hierzu aufgrund ihrer praktischen Erfahrung einen relevanten Beitrag leisten.

Kreditfinanzierungen ermöglichen Investitionen in Mobilität, Wohneigentum, Wohnungseinrichtung, Bildung und unternehmerische Tätigkeit. Finanzbildung sollte Verbraucherinnen und Verbraucher befähigen, diese Chancen ebenso wie die damit verbundenen Herausforderungen und Risiken sachgerecht zu bewerten. Allerdings konzentriert sich der Maßnahmenkatalog im Wesentlichen auf die Vermeidung und Bewältigung von Überschuldung im Alter sowie auf Informationen zur Kontopfändung. Dabei wäre für die Kompetenzentwicklung im Bereich verantwortungsvolle Kreditnutzung ein eigenständiges Bildungsangebot, z. B. zur informierten Kreditentscheidung und zur Entwicklung eines Bonitätsbewusstseins sinnvoll. Aus unserer Sicht wären hierbei insbesondere folgende Inhalte relevant:

- Funktions- und Wirkweise von Krediten (Verständnis von effektivem Jahreszins, Gesamtkosten, Laufzeit und Tilgung)
- Ermittlung der Schuldentragfähigkeit (Haushaltsrechnung, verfügbares Einkommen, Liquiditätsreserven)
- Beeinflussung der Kreditwürdigkeit durch das eigene Finanzverhalten
- Umgang mit parallel bestehenden Kreditverpflichtungen
- Handlungsoptionen bei finanziellen Schwierigkeiten

Mit der Aufnahme eines zusätzlichen Maßnahmenbausteins „Kredite verstehen und verantwortlich nutzen“ in Handlungsfeld 4 sollten die genannten Themen aufgegriffen und durch praxisorientierte Instrumente zur Haushaltsplanung und zum Kreditvergleich ergänzt werden.

Praktische Expertise der Kreditwirtschaft nutzen

Im vorliegenden Entwurf ist die Etablierung eines institutionalisierten Austauschs zwischen Bund, Ländern, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft vorgesehen. Eine Task Force Finanzbildung soll eingesetzt werden, die die Umsetzung koordinieren, Themenschwerpunkte festlegen und die beteiligten Akteure zusammenführen soll. Allerdings ist lediglich eine regelmäßige Einbindung privater Stakeholder vorgesehen. Die institutionelle Ausgestaltung und die Möglichkeiten einer konkreten Mitwirkung an den jährlichen Arbeitsplänen werden nicht weiter präzisiert. Jedoch sind für die Entwicklung praxisorientierter Bildungsmaßnahmen insbesondere die Erfahrungen der Akteure relevant, die als Vertragspartner regelmäßig mit finanziellen Entscheidungsprozessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern befasst sind.

Mit ihren Erfahrungen aus der Finanzierungspraxis, der Kundenkommunikation und dem Umgang mit finanziellen Schwierigkeiten können Kreditbanken einen substanziellen Beitrag bei der Entwicklung von Finanzbildungsangeboten leisten. Bei der organisatorischen Ausgestaltung der Task Force sollte daher eine Präzisierung vorgenommen werden. Dabei sollte insbesondere konkretisiert werden, in welcher Weise Wirtschaftsverbände in thematische Arbeitsgruppen, Konsultationsverfahren und die Entwicklung einzelner Maßnahmen eingebunden werden. Von grundlegender Bedeutung wären dabei nachvollziehbare Beteiligungsverfahren, die unterschiedliche Perspektiven aus Finanzwirtschaft, Verbraucherschutz, Wissenschaft und Zivilgesellschaft berücksichtigen. Damit wäre auch eine adäquate Praxisnähe, die insbesondere mit Blick auf die dynamischen Veränderungen in der digitalen Welt und die notwendige Akzeptanz getroffener Maßnahmen unentbehrlich ist, sichergestellt.

Qualitätsstandards sachgerecht, trägerneutral und transparent ausgestalten

Der Entwurf sieht einen freiwilligen europäischen Verhaltenskodex sowie die Möglichkeit vor, geeignete Finanzbildungsangebote mit einem Qualitätslabel auszuzeichnen. Dafür wären aus unserer Sicht objektive, transparente und überprüfbare Kriterien erforderlich, wie z. B. die

- Nachvollziehbarkeit der verwendeten Informationen,
- sachliche Richtigkeit und Verständlichkeit,
- Transparenz über Trägerschaft und Finanzierung,
- klare Trennung von Bildungsinhalten und Produktwerbung sowie die
- zielgruppengerechte Gestaltung.

Bildungsangebote über Kredite könnten z. B. die Funktionsweise von Zinssätzen, die Auswirkungen unterschiedlicher Laufzeiten und die wirtschaftlichen Folgen verschiedener Finanzierungsformen erläutern, ohne dabei Produktwerbung zu betreiben.

Im Entwurf wird festgestellt, dass es sich bei der Mehrheit der im Finanzbildungsbereich tätigen Stakeholder um private und verbandliche Akteure handelt. Vor diesem Hintergrund bedarf es der Konkretisierung, unter welchen Voraussetzungen auch

Bildungsangebote aus der Kreditwirtschaft in die Strategie eingebunden und im Rahmen des vorgesehenen Qualitätslabels berücksichtigt werden können.

Digitale Kreditkompetenz als eigenständigen Bildungsinhalt berücksichtigen

Die Digitalisierung ermöglicht einen schnellen und ortsunabhängigen Zugang zu Finanzdienstleistungen. Damit steigen die Anforderungen an das Verständnis digitaler Finanzierungsangebote und Vertragsprozesse sowie an den Schutz vor betrügerischen Aktivitäten.

Im vorliegenden Entwurf werden diese Herausforderungen bislang insbesondere durch Maßnahmen zur Betrugsprävention und zur Verbraucheraufklärung älterer Menschen adressiert. Aus unserer Sicht sollte ein ergänzender Baustein zu digitalen Kreditvergabeprozessen aufgenommen werden und folgende Themen umfassen:

- Vergleich digitaler Finanzierungsangebote,
- Prüfung von Vertragsinformationen,
- Rechtsverbindlichkeit digitaler Kreditverträge,
- Überblick über gleichzeitig bestehende Zahlungsverpflichtungen,
- digitale Ratenkaufangebote und damit einhergehende Verpflichtungen.

Finanzbildung für Selbständige und kleine Unternehmen berücksichtigen

Die Strategie greift unternehmerische Finanzkompetenz bislang vor allem im Zusammenhang mit Gründungen auf. Finanzierungsentscheidungen, Liquiditätsplanung und die wirtschaftliche Tragfähigkeit von Investitionen bleiben jedoch auch für bestehende kleine und mittlere Unternehmen sowie Selbständige von zentraler Bedeutung.

Daraus ergibt sich ein praktischer Anwendungsbereich für entsprechende Bildungsformate. Ob bei Investitionsvorhaben, bei der Betriebsmittelfinanzierung oder bei der Gründungsfinanzierung: Praxisorientierte Bildungsangebote können an die im Entwurf vorgesehenen Maßnahmen anknüpfen.

Monitoring und Evaluierung

Eine regelmäßige Überprüfung der Wirksamkeit und die Anpassung von Einzelmaßnahmen sind in dem vorliegenden Entwurf ausdrücklich vorgesehen. Das ist aus unserer Sicht wichtig und zwingend erforderlich. Mögliche Fragestellungen, die eine substanzielle Beurteilung von Maßnahmen zur Kreditkompetenz sicherstellen könnten, wären:

- Sind Verbraucherinnen und Verbraucher in der Lage, Kreditangebote bedarfsgerecht zu vergleichen?
- Wird die Bedeutung der Gesamtkosten eines Kredits verstanden?
- Können Verbraucherinnen und Verbraucher ihre finanzielle Belastbarkeit realistisch einschätzen?
- Werden finanzielle Risiken frühzeitig erkannt?

Ziel sollte sein, den Beitrag einzelner Maßnahmen zur sicheren und eigenverantwortlichen Kreditnutzung zu ermitteln. Daher sollte eine Evaluierung zwischen Wirkungsbereich, Wissenszuwachs und der Anwendung erworbener Kenntnisse in konkreten Entscheidungssituationen unterscheiden. Auf diese Weise ließe sich untersuchen, welchen Beitrag die jeweiligen Einzelmaßnahmen zur sicheren und eigenverantwortlichen Kreditnutzung leisten.

III. Schlussbemerkungen

Ein Eckpfeiler der Finanzbildung ist die Befähigung, sowohl über die Verwendung vorhandener finanzieller Mittel als auch über die Aufnahme und Rückzahlung von Krediten ebenso informierte wie verantwortungsbewusste Entscheidungen treffen zu können. In der weiteren Ausarbeitung der Finanzbildungsstrategie sollten daher geeignete Konkretisierungen vorgenommen werden, mit denen dieses Kompetenzfeld gestärkt werden kann. Dazu gehören aus unserer Sicht die transparente Ausgestaltung von Beteiligungsverfahren für private Akteure sowie das stärkere Einbinden praxisorientierter Bildungsangebote. Die Kreditbanken verfügen über praktische Erfahrungen in einem Bereich, der für einen großen Teil der Bevölkerung zum finanziellen Alltag gehört, und stehen für einen fachlichen Austausch über die weitere Ausgestaltung entsprechender Maßnahmen zur Verfügung.

Ansprechpartner:

[redacted]

Über uns

Der Kreditbankenverband vertritt die Interessen der Kreditbanken in Deutschland. Kreditbanken finanzieren private Anschaffungen, unternehmerische Investitionen und Mobilität und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung.

Der Verband bringt die Positionen seiner Mitglieder in politische, regulatorische und öffentliche Debatten ein. Er setzt sich für einen Ordnungsrahmen ein, der Finanzierung ermöglicht, Wettbewerb sichert und regulatorische Anforderungen praxistauglich ausgestaltet.

Kreditbanken stehen für spezialisierte Finanzierung nah an den realen Investitions- und Konsumentscheidungen von Haushalten und Unternehmen. Der Kreditbankenverband macht diese Praxisperspektive in politischen und regulatorischen Debatten geltend.